

Wirtschaftswandel statt Kosmetik

9 Thesen für eine Wirtschaft, die dem Menschen dient

Rasmus Andresen, *stellv. FraVo Schleswig-Holstein*; Michael Bloss, *Sprecher des Dachverbands der europäischen Grünen Jugenden*; Claudia Dalbert, *Fraktionsvorsitzende Sachsen-Anhalt*; Werner Graf, *GA Friedrichshain-Kreuzberg*; Clara Herrmann, *MdA Sprecherin für Haushaltspolitik und stellvertretende Sprecherin der BAG Wirtschaft und Finanzen*; Theresa Kalmer, *Sprecherin der Grünen Jugend*; Ska Keller, *Stellv. FraVo Grüne im EP*; Georg Kössler, *Sprecher der BAG Energie*; Frederik Landshöft, *Sprecher der BAG Globale Entwicklung*; Sven Lehmann, *Landesvorsitzender NRW*; Erik Marquardt, *Sprecher der Grüne Jugend*; Barbara Unmüßig, *Vorstand der Heinrich Böll Stiftung*; Daniel Wesener, *Landesvorsitzender Berlin*

Grüne Wirtschaftspolitik bietet eine Alternative zur konventionellen Wirtschaft und der überholten Art wie heute in unserer Gesellschaft produziert und gehandelt wird. Sie macht den Menschen und Unternehmen ein Angebot, die schon heute anders wirtschaften, die innovative Ideen endlich zur Marktreife bringen wollen, die als Selbstständige zu wenig Absicherung haben oder die als kleine und mittelständische WettbewerberInnen heute einer unfairen Konkurrenz gegenüber den Mächtigen des Marktes ausgesetzt sind.

Wir wollen eine Wirtschaftsordnung, die dem Menschen dient, egal ob sie/er in Europa oder anderswo lebt und die Schluss macht mit der Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Wir gehen in die Auseinandersetzung mit AkteurInnen aus der Agrar-, der Pharma-, der Waffen-, oder der Textilindustrie, deren Wirtschaftsmodell soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit beschleunigt, das Monopole und Machtkonzentration erzeugt, das begrenzte Ressourcen und Klimaschutz zunichte macht. Und wir stellen uns auf die Seite derjenigen in der Wirtschaft, die für eine gerechte und ökologische Welt kämpfen. Grüne Wirtschaftspolitik ist Teil eines ganzheitlichen Politikentwurfes mit dem Ziel der sozial-ökologischen Transformation.

Das vielfache Versagen der oft beschworenen Selbstregulierungskraft des Marktes etwa bei der Finanzkrise, beim Klimawandel oder dem Verlust der Biodiversität zeigen, dass es kein Weiter-So mit leichter Retusche geben kann. Für Grüne ist es schlicht nicht akzeptabel, wenn Frauen in Bangladesch unter katastrophalen Bedingungen 80 Stunden die Woche für unsere T-Shirts schufteten; oder wenn Sport-Großveranstaltungen, die inzwischen zu Mega-Events der globalen Vermarktungsindustrie geworden sind, von Sklaven auf den Baustellen in Katar vorbereitet werden; oder wenn die Rohstoffe in unseren Handys, Computern und Autos massiv zum globalen CO₂-Ausstoß beitragen und weltweite Konflikte befeuern. "Business as usual" ist keine Option.

Grüne Wirtschaftspolitik ist viel mehr als ein grün angestrichener Status quo. Wir müssen politisch zeigen, was Wirtschaft leisten soll und wie sie dafür umgebaut und dezentralisiert werden kann. Wir setzen auf kleine Einheiten statt Mega-Unternehmen. Wir richten unsere Politik nicht an dem aus, was die großen WirtschaftsplayerInnen wollen und wie wir mit ihnen möglichst reibungslos zusammen kommen, sondern an den Interessen der Menschen und der Umwelt. Konfrontation wird dabei oft unabdingbar sein, denn die Interessen einiger Konzerne und ihrer ManagerInnen widersprechen dem Grünen Anspruch an nachhaltiges Wirtschaften mitunter fundamental. Die KiKs und die Monsanto dieser Welt werden sich nicht freiwillig vom puren Profitstreben ab- und sozial-ökologischen Zielen zuwenden. Dafür sind die Anreizsysteme der Konzerne und ihrer ManagerInnen zu sehr auf Profitmaximierung und grenzenloses Wachstum ausgelegt. Deshalb setzen wir sowohl auf die Stärkung insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen, die schon heute einer anderen Logik folgen, als auch auf rechtliche Regelungen und Anreize. Das eine geht nicht ohne das andere, weil sonst die Unternehmen, denen die Umwelt und soziale Bedingungen egal sind, immer einen Wettbewerbsvorteil haben werden. Faire Regulierung schafft faire Wettbewerbsbedingungen.

Ziel grüner Politik ist nicht eine ökologisch angestrichene Industrie, sondern systemische Veränderungen, die ein ökologisch nachhaltiges, am Menschen ausgerichtetes Wirtschaften ermöglicht.

Mit unserem Papier wollen wir Denkanstöße geben. Unsere Thesen erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern sollen die Diskussion unterstützen.

These 1: Gegen neue und alte Ausbeutungsverhältnisse setzt grüne Wirtschaftspolitik einen Rahmen für gute Arbeit

Die Arbeitsgesellschaft befindet sich in einem rasanten Wandel. Immer weniger Menschen arbeiten ihr Leben lang in einem Betrieb. Erwerbsbiographien werden individueller, die Menschen wechseln zwischen den Arbeitsplätzen, zwischen den Branchen, zwischen angestellter und selbstständiger Tätigkeit, sie suchen nach einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Erwerbsarbeit, Freizeit, familiärer- und gesellschaftlicher Tätigkeit und wollen Phasen der Kindererziehung oder der Pflege mit dem Arbeitsleben kombinieren.

Gleichzeitig werden Branchen, die noch vor wenigen Jahrzehnten wenig Relevanz hatten, immer wichtiger. Die Erziehung von Kindern und die Pflege alter Menschen rücken in den Mittelpunkt. Das sind Berufe, die nach wie vor viel schlechter bezahlt sind als Berufe in anderen Branchen. Ein großer Teil der sogenannten Care-Arbeit wird zudem unbezahlt von Frauen ausgeübt.

Andere neue Branchen schaffen neue Chancen, aber auch große Probleme. Die digitale Wirtschaft bringt eine neue Klasse von ClickworkerInnen und rechtlosen (Schein-)Selbstständigen hervor. Diese Entwicklung rüttelt an den Grundfesten unserer sozialen Errungenschaften. „Untypische“ Lebenssituationen oder Beschäftigungsverhältnisse, etwa von Alleinerziehenden, SchichtarbeiterInnen oder Menschen mit Werkverträgen sorgen darüber hinaus nach wie vor viel zu häufig für Prekarisierung und Unsicherheit. Gleiches gilt für die größer werdende Gruppe von FreiberuflerInnen und kreativen Solo-Selbstständigen. Diesen Menschen wollen wir ein Angebot machen.

Wir müssen uns daran machen, neue klare Regelungsrahmen für die neuen Branchen, vor allem für die digitale Wirtschaft zu finden und wir müssen unsere sozialen Sicherungssysteme auf die neue Arbeitswelt ausrichten. Konkret brauchen wir dafür BürgerInnenversicherungen, die Menschen in allen Lebenslagen und über alle Lebensbrüche hinweg absichern und gleichzeitig auch Kapitaleinkünfte in die Finanzierung mit einbeziehen. Und zwar sowohl in der Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung. Wir müssen dafür sorgen, dass gleichwertige Arbeit auch mit gleichem Lohn vergütet wird, egal ob Frauen oder Männer den Job machen. Der Staat muss gerade bei Berufen, die vermehrt von Frauen ausgefüllt werden und vor allem durch den Staat bezahlt werden, wie Erzieherinnen, Kranken- oder Altenpflegerinnen, Vorreiter werden und mit deutlichen Lohnsteigerungen diese Berufe fiskalisch aufwerten. Leiharbeit und Werkverträge müssen eingedämmt werden und auch hier gilt der Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

Wir wollen die Aufwertung von Care-Arbeit, stehen für gute Arbeit und soziale Absicherung in allen Lebenslagen. Mit einer neuen Zeitpolitik fördern wir eine gerechtere und geschlechtergerechtere Verteilung von Erwerbsarbeit, Familienarbeit, gesellschaftlicher Arbeit und Freizeit. Dafür fordern wir unter anderem eine rechtlich garantierte und staatlich geförderte Sabbatical-Zeit, gerade für diejenigen, die es sich von ihrem Gehalt nicht leisten können.

These 2: Wer nachhaltig wirtschaften will, braucht solidarische Ökonomie statt Shareholder-Rendite

Es gibt unzählige Unternehmerinnen und Unternehmer in unserem Land, die „anders wirtschaften“ wollen und das auch schon tun. Wir sprechen von der Gründerin, die ihr Unternehmen bewusst darauf ausrichtet, einen Mehrwert für die Gesellschaft und keinen Profit für die ShareholderInnen zu generieren. Wir sprechen von der Bio-Bäuerin, die sich aus Überzeugung entschieden hat, auf Antibiotika in der Mast und auf Überdüngung zu verzichten. Wir sprechen von den Energiegenossenschaften die dabei sind, die Energiewende gegen die großen vier Energiekonzerne durchzusetzen. Aber wir sprechen auch von dem „klassischen“ Mittelständler, der ein Unternehmen führt, das seit vielen Generationen in einer Region verankert ist, der sich um die Belange der Region bemüht und für den es Ehrensache ist Steuern zu zahlen, da er weiß wie wichtig gute Bildung für die Fachkräfte von morgen ist. Und wir sprechen von den vielen Einzel- und kleinen Unternehmen, die sich tagtäglich gegen die Großen ihrer Branche durchsetzen müssen und allzu oft den Kürzeren ziehen – nicht, weil sie ein schlechteres Angebot haben, sondern weil sie strukturell benachteiligt werden. Der Buchhändler um die Ecke kann nicht wie Amazon in Luxemburg Steuern zahlen. Und die GLS-Bank ist nicht „too big to fail“ und kann sich deshalb nicht so günstig Geld leihen wie die Deutsche Bank.

Wenn wir diese AkteurInnen einer solidarischen und dezentralen Ökonomie stärken wollen, wenn wir auch in Zukunft für die Rechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern einstehen wollen, müssen wir uns gegen die stellen, die den Wettbewerb um bessere Produkte scheuen und vor allem durch Marktmacht, massive Werbekampagnen und Lobbying versuchen ihren Platz am Markt zu verteidigen.

Wer auf Kreislaufwirtschaft und Mittelstand setzt, muss Konzerne wie Starbucks in die Schranken weisen, die durch Steuersparmodelle und das Ausnutzen ihrer Marktmacht versuchen, sich einen Wett-

bewerbsvorteil zu verschaffen. Wer für die bäuerliche Landwirtschaft ist, muss gegen Monsanto vorgehen und wer die Energiewende zum Erfolg führen will muss sich mit RWE und EON anlegen. Aber diese Rolle müssen wir unmissverständlich auch auf andere Gebiete ausweiten: Wer das Finanzsystem stabilisieren will, muss gegen Großbanken Politik machen; das Reden über „too big to fail“ reicht nicht. Wer für Datenschutz eintritt, muss sich mit Google auseinandersetzen. Wer kleinen innovativen Firmen auf dem Markt eine Chance geben will, muss sich mit der Markt- und Verdrängungsmacht von Amazon auseinandersetzen.

Wettbewerb wird, sich selbst überlassen, nach und nach außer Kraft gesetzt. Er muss deshalb durch staatliche Regeln in der Praxis stetig durchgesetzt werden. Und: Gesellschaftliche Freiheit gibt es nur, wenn die wirtschaftliche Macht einiger weniger nicht zu groß wird.

Wir müssen klar machen, dass es mit uns Grünen Steuerprivilegien für große Konzerne nicht mehr geben wird. Wir wollen die Benachteiligung von kleinen und mittleren Unternehmen beenden. Wir wollen die DNA der großen Unternehmen umbauen und sie auf nachhaltiges Wirtschaften ausrichten. Dazu müssen wir die Bilanzierungsregeln für Unternehmen neu fassen sowie umwelt- und klimaschädliche Subventionen abbauen. Wir brauchen eine Schuldenbremse für Banken. Auf europäischer Ebene brauchen wir ein unabhängiges Kartellamt, eine starke Zusammenarbeit gegen Steuervermeidung und ein Gesetz, dass es erlaubt Konzerne wenn nötig auch aktiv zu entflechten.

These 3: Warme Worte sind gescheitert – ein grundlegender sozial-ökologischer Umbau braucht gesetzliche Regelungen

Die erste Fraktion der Grünen im Deutschen Bundestag bestand 1983 aus 18 Männern und 10 Frauen. Warum? Die Frauenquote war damals keine Muss-, sondern eine Soll-Regelung – und sie hat selbst bei dem ambitioniert-emanzipatorischen Projekt der Grünen Bewegung versagt.

Es ist nur eines von Hunderten Beispielen der letzten Jahrzehnte, in denen Absichtserklärungen – gerade in der Wirtschaft – nicht mehr waren als ein Alibi zur Verhinderung politischen Handelns. Es ist an der Zeit, daraus zu lernen und diese hübschen Fassaden nicht länger hinzunehmen. Denn letztlich bedeutet das eine Kapitulation der Politik. Dass Selbstverpflichtungen nicht ausreichen hat erst kürzlich und unfreiwillig Entwicklungsminister Müller bewiesen, als kurz vor Abschluss der Verhandlungen für sein hochgefeiertes Textilsiegel alle großen Textilkonzerne absprangen. Sie waren schlicht nicht bereit, sich auf weitgehende Selbstverpflichtungen einzulassen. Dies zeigt: Es braucht gesetzliche Regelungen für Unternehmenspflichten entlang der gesamten Lieferkette gegen starke Wirtschaftsinteressen.

Gesunde Unternehmen und eine hohe Beschäftigungsrate sind entscheidend für den sozialen Frieden und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Doch gerade wer Mittelstand und Wettbewerb fördern will, darf der Auseinandersetzung mit den Großen der Wirtschaftswelt nicht aus dem Weg gehen. Nicht wer BASF und Porsche umschmeichelt, höflich um ihre Mitarbeit bittet und sich mit Selbstverpflichtungen und Nachhaltigkeitsberichten abspeisen lässt, sorgt für eine grünere Wirtschaft – sondern wer Politik als Regulator versteht, der diesen Unternehmen tragbare, aber glasklare ökologische, soziale, menschenrechtliche und wettbewerbspolitische Regeln setzt. Um anderes Wirtschaften überhaupt zu ermöglichen wollen wir Forschungsprojekte und daraus entstehende Ausgründungen aus Hochschulen

fördern. Dafür brauchen wir einen Bruch mit der Förderpolitik der Bundesländer, bei der einzelne Betriebe Förderbescheide unabhängig davon ausgestellt bekommen wie nachhaltig Sie produzieren.

Mit den universell gültigen Menschenrechten, den ILO-Kernarbeitsnormen, den „Guiding Principles on Business and Human Rights“ der Vereinten Nationen ist international schon einiges erreicht. Das Verbot von Zwangsarbeit und Diskriminierung oder die Versammlungsfreiheit sind hier ebenso fest geschrieben, wie die Pflicht des Staates gegenüber Unternehmen, auf die Einhaltung von Menschenrechten zu achten, die Pflicht der Unternehmen zur Achtung der Menschenrechte, oder der Zugang zu Rechtsmitteln für die Opfer von wirtschaftsbezogenen Missbräuchen. Allein, bislang passiert viel zu wenig, um die extra-territoriale Verantwortung Deutschlands auch rechtlich verbindlich zu verankern. Es braucht auch in Deutschland ein Klagerecht, wenn Firmen direkt oder indirekt durch Ihre Zulieferfirmen oder durch die Zulieferer der Zulieferer gegen diese Mindeststandards verstoßen.

Wir setzen uns dafür ein, dass Unternehmen ihre globalen Lieferketten verbindlich offenlegen wie es etwa in Norwegen oder Schweden schon im Ansatz der Fall ist. Nur so kann nachvollzogen werden, welche Unternehmen unter welchen Bedingungen produzieren lassen. Als erste Schritte wollen wir die Umsetzung der europäischen Transparenz- und Offenlegungsrichtlinien, die Unternehmen dazu verpflichten würden sowohl finanzielle als auch ökologische und soziale Informationen ihrer globalen Wirtschaftstätigkeit offen zu legen. Bislang werden damit vor allem der Bergbau und die Forstwirtschaft adressiert. Wir wollen die Berichtspflichten auf andere Sektoren ausweiten. Darüber hinaus brauchen wir dringend ein verbindliches System, das den Handel mit Konfliktmineralien unterbindet. Die USA sind an dieser Stelle schon deutlich weiter. Seit 2010 verpflichtet ein Abschnitt des Dodd-Frank Acts an der US-Börse gelistete Unternehmen dazu offenzulegen, ob in ihren Produkten Konfliktrohstoffe aus dem Kongo und seinen Nachbarländern verwendet werden. In Europa haben wir gerade die Chance, die verbindliche Einhaltung der OECD-Richtlinien zu sogenannten Konfliktmineralien, den neuen Blutdiamanten, wie Gold und Coltan aus den Minen im Kongo, umzusetzen. Damit würden wir weltweit einen hohen Standard für die Kontrolle von Produktionsketten setzen und die Finanzierung von Konflikten durch europäische Unternehmen eindämmen.

These 4: Ein grüne Wirtschaft braucht Demokratisierung statt Lobbymacht

In Deutschland hat sich eine hoch professionelle PR- und Lobbyzene entwickelt. Auch in Brüssel wächst seit Jahren die Zahl der WirtschaftslobbyistInnen. Eine Entwicklung, die die Demokratie in Deutschland und Europa schwer belastet. Der Wirtschaftsverband Business Europe kämpft in Brüssel seit Jahren gegen strengere EU-Klimaziele, gegen strengere CO₂-Grenzwerte für Neuwagen, gegen die Energiewende und für die Pfründe der alten Energieriesen der Öl- und Kohleindustrie. Der Verband ist ein gutes Beispiel dafür, wie mächtig Lobbyismus wirken kann und wie schwer es ist, gegen diese Lobbymacht echte Reformen für mehr soziale Gerechtigkeit und ein ökologischeres Europa voran zu bringen.

Wir stehen für echte Demokratie in Deutschland wie in Europa und stellen uns darum den großen Lobbys entgegen. Das wichtigste Mittel dafür ist Transparenz. Es ist ermutigend, dass die EU-Kommis-

sion künftig alle Lobbyistenkontakte der KommissarInnen und ihrer wichtigsten MitarbeiterInnen offenlegen will. Auch wenn wir bei der konkreten Umsetzung noch skeptisch sind -in Deutschland sieht es deutlich schlechter aus. Die große Koalition lehnt ein Transparenzregister bislang völlig ab.

Daneben muss künftig nachvollziehbar sein, woher welche Passage in Gesetzesentwürfen stammt. Viel zu oft wurden Formulierungen von LobbyistInnen eins zu eins in Gesetzesvorlagen übernommen. Daher brauchen wir einen „juristischen Fußabdruck“ im Gesetzgebungsverfahren, um die Herkunft jeder Passage transparent zu machen.

These 5: Grüne Wirtschaftspolitik will Ungleichheit verringern - als eigenständiges Ziel. Nur so gelingt die Transformation

Oxfam zeigt in einer aktuellen Studie, dass die soziale Ungleichheit trotz oder gerade wegen der Finanzkrise in den letzten Jahren massiv zugenommen hat. Heute besitzen die 80 reichsten Menschen der Welt genauso viel wie die ärmere Hälfte, also mehr als 3,5 Milliarden Menschen. Das Vermögen dieser 80 Menschen hat sich seit 2009 verdoppelt, sie sind Krisenprofiteure. Fast noch bedenklicher ist diese Zahl: 70 Prozent der Weltbevölkerung leben in Staaten in denen die soziale Ungleichheit in den vergangenen Jahren zugenommen hat. Ein deutlicher Beleg für die Ungerechtigkeiten des internationalen Wirtschafts- und Finanzsystems und ein Pulverfass für alle Bestrebungen zum sozial-ökologischen Umbau.

Auch in Deutschland sind die empirischen Befunde eindeutig: Die Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen in Deutschland nimmt auf hohem Niveau konstant zu. Die Vermögen sind laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Deutschland so ungleich verteilt wie nirgendwo sonst in der Eurozone – die obersten zehn Prozent vereinen zwei Drittel des Vermögens auf sich. Das mittlere Einkommen der ArbeitnehmerInnen ist innerhalb der letzten 20 Jahre inflationsbereinigt sogar gesunken, während die Einkommen der GutverdienerInnen deutlich angezogen haben. Selbst linker Ideologien unverdächtige Institutionen wie die OECD oder der IWF, die Bundesbank und die EZB, ja sogar die Deutsche Bank haben sich in Publikationen besorgt über die auseinander klaffende soziale Schere in Deutschland geäußert.

"Seit den 1970er Jahren stiegen die Gewinne aus Kapitalvermögen kontinuierlich stärker als die Arbeitseinkommen" Mit diesem Befund hat der französische Ökonom Thomas Piketty kürzlich für Furore gesorgt. Doch was folgt daraus für uns Grüne? In unserem Grundsatzprogramm heißt es dazu recht eindeutig: „Verteilungsgerechtigkeit auch in unserer eigenen Gesellschaft bleibt in Zukunft unverändert von Bedeutung. Die gerechte Verteilung der wichtigen gesellschaftlichen Güter ist Kernbestandteil bündnisgrüner Politik.“ Daraus folgt – zu Recht –, dass eine Verringerung der Ungleichheit für uns nicht schlichter „Kollateralnutzen“, kein bloßer „Trickle-Down-Effect“ bei der Generierung von Mitteln etwa für Infrastruktur oder Bildung sein kann. Vielmehr ist eine gerechtere Verteilung von Einkommen und Vermögen in unserer Gesellschaft ein Wert an sich und Voraussetzung zur Erreichung der grünen Ziele.

Warum ist das so? Es genügt ein Blick in andere Gesellschaften. Wie die AutorInnen Kate Pickett und Richard Wilkinson eindrücklich belegt haben, herrschen in den von ihnen untersuchten Staaten enge kausale Zusammenhänge zwischen Ungleichheit auf der einen und gesellschaftlichen Phänomenen wie

Misstrauen, Krankheiten, Fremdenfeindlichkeit und Kriminalität auf der anderen Seite. Wenn die Ungleichheit zu groß wird, zerfällt der gesellschaftliche Zusammenhalt, was schließlich auch gefährlich für die Akzeptanz von Demokratie und sozialer Marktwirtschaft werden kann. Und nicht zuletzt begünstigt eine hohe Vermögenskonzentration den Ausbruch von Finanzkrisen und verstärkt Umweltzerstörung.

Wenn die Reduktion von Ungleichheit eigenständiges Ziel Grüner Politik ist, braucht es dafür eine systematische Herangehensweise statt lediglich einer Verlagerung haushaltspolitischer Notwendigkeiten auf die Besserverdienenden. Das beinhaltet eine auf verteilungspolitischen Ausgleich zielende Steuer- und Finanzpolitik – hier und weltweit. Daher ist für uns eine Vermögenssteuer, eine echte Erbschaftsteuer und auch ein faire Lohnsteuer nur eine Seite der Medaille. Wir brauchen auch verstärkte Anstrengungen durch eine andere Wirtschafts- und Sozialpolitik um auch das Auseinanderdriften der Primäreinkommen zu stoppen und umzukehren. Dazu gehören Instrumente wie der Mindestlohn und eine Deckelung der Absetzbarkeit von sehr hohen Gehältern ebenso wie ein verschärftes Kartellrecht, das Marktmacht unterbindet und im ordoliberalen Sinne für einen starken Staat sorgt, der faire Regeln für die Wirtschaft setzt. Dazu gehört auch die klare Absage an öffentlich-private Partnerschaften, die die durchschnittlichen SteuerzahlerInnen zugunsten privater Kapitalgeber teuer zu stehen kommen und damit eine Umverteilung von unten nach oben darstellen. Vor diesem Hintergrund ist auch der bereits eingeschlagene Weg vieler Gemeinden richtig, Bereiche öffentlicher Daseinsvorsorge zu re-kommunalisieren.

These 6: Europa wird nur dann demokratischer werden und weiter zusammenwachsen, wenn es sich von der blinden Sparpolitik verabschiedet und auf nachhaltige Investitionen setzt

Bald sieben Jahre dauert die Euro-Krise an und ein Ende ist nicht in Sicht. Massenarbeitslosigkeit, sozialer Niedergang, Perspektivlosigkeit und Abstiegsängste haben auch den Boden bereitet für nationalistische Bewegungen in vielen Ländern Europas. Angesichts von Hinterzimmerverhandlungen und Troika-Beschlüssen erleben viele Menschen subjektiv einen gefährlichen Abbau der Demokratie in Europa. Und das Wort "Reform" ist zum Synonym für sozialen Abbau geworden; die EU steht in den am meisten betroffenen Ländern eher für Massenentlassungen als für Solidarität. Nicht nur die wirtschaftliche Stabilität steht auf dem Spiel, sondern auch der Zusammenhalt und damit das Friedensprojekt Europa. Ein Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone wäre nichts weniger als ein Scheitern Europas und der europäischen Idee.

Klar ist: Angela Merkel ist mit ihrer einseitigen Austeritätspolitik in Europa gescheitert. Die Arbeitslosigkeit ist in vielen Ländern Europas massiv angestiegen. In Griechenland und Spanien liegt sie bei ca. 25 Prozent, die Jugendarbeitslosigkeit sogar bei über 50 Prozent. Auch in der gesamten Eurozone sind etwa 25 Prozent der Jugendlichen arbeitslos. Gleichzeitig ist die Wirtschaftsleistung in den Programmländern eingebrochen, vor allem Griechenland hat einen wirtschaftlichen Niedergang ungeheuren Ausmaßes erlebt. Die Investitionen sind in der Europäischen Union seit 2008 um ca. 15 Prozent gesunken, gleichzeitig bewegen wir uns gefährlich auf eine verheerende deflationäre Spirale zu, die die Wirtschaft in ganz Europa weiter nach unten ziehen würde. Die wirtschaftliche Entwicklung in Europa driftet im-

mer weiter auseinander, was letztlich auch auf Deutschland zurückschlagen wird. Vom Titel „Exportweltmeister“ werden wir langfristig nicht leben können, wenn wir den Rest Europas gleichzeitig mit viel zu geringen Löhnen in Deutschland und den falschen Strukturreformen im Rest Europas in die Knie zwingen. Wer langfristig unsere Produkte kaufen soll, wenn wir unsere eigenen Absatzmärkte zerstören, hat die Kanzlerin bislang nie erklären können.

Wir brauchen einen Green New Deal für Europa. Wir brauchen eine Investitionsoffensive in Erneuerbare Energien, in Energieeffizienz, in grüne Technologien und in die Menschen, sei es in Bildung, Gesundheit oder soziale Ökonomie. Und wir brauchen die richtigen Strukturreformen für Europa. Wir müssen die nach wie vor hohen Mauern zwischen den Ländern in Schlüsselbranchen einreißen. Wir brauchen eine Energiewende-Union, wir müssen den Schienenverkehr zwischen den Ländern ausbauen und die Versorgung mit Breitbandinternet europäisch vorantreiben. Dabei zielen wir mit unserem Green New Deal nicht auf große Wachstumsschübe, sondern auf eine Stabilisierung der Wirtschaft und ihre sozial-ökologische Transformation.

Gleichzeitig brauchen wir eine solide und solidarische Finanzierung: Wir müssen die Steuervermeidung in Europa durch einen gemeinsamen Steuerpakt unterbinden, der europaweit eine effektive Vermögensbesteuerung koordiniert, Tax-Rulings unterbindet, Unternehmensbesteuerung harmonisiert und Steuersümpfe austrocknet.

Wir müssen die machtwirtschaftlichen Strukturen in Europa aufbrechen. Es ist gefährlich, dass der europäische Gemüsesaatgut-Sektor von einer Handvoll Agrarkonzernen gesteuert wird. Allein Monsanto kontrolliert bereits knapp ein Viertel des EU-Marktes. Die Folge sind steigende Saatgutpreise.

Kurzfristig müssen wir uns mit dem Problem der überbordenden Staatsschulden beschäftigen, die teilweise erst durch die Rettung bankrotter Banken entstanden sind. Deutschland hat nach dem zweiten Weltkrieg von einem Schuldenschnitt und dem Marshallplan profitiert – es wäre ein guter Zeitpunkt, sich nun umgekehrt solidarisch zu zeigen. Ein Schuldenschnitt darf kein Tabuwort sein. Gerade in Griechenland ist klar, dass das Land ohne Reduzierung seiner Schuldenlast nicht auf die Beine kommen wird. Wir brauchen in Europa dringend einen Altschuldentilgungsfonds, mit dem zwar jedes Land seine Schulden tilgt, aber die Gemeinschaft unter klaren Kriterien bürgt.

Die wichtigsten Veränderungen sind struktureller Art: Europa ist eine gemeinsame Wirtschaftszone, 19 Länder haben eine gemeinsame Währung – ohne aber eine gemeinsame Finanz- oder Wirtschaftspolitik zu haben. Diesen Widerspruch wollen wir durch eine erheblich intensivierte Koordinierung inklusive einer gemeinsamen Wirtschafts- und Finanzkommission auflösen. Wir fordern die Einberufung einer Eurozonen-Konferenz, die sich sowohl mit der Schuldenfrage als auch mit strukturellen Reformen für die gesamte Eurozone auseinandersetzt. Der Euro ist ein gesamteuropäisches Projekt. Deswegen lehnen wir ein eigenes „Eurozonen-Parlament“ ab. Das Europäische Parlament ist der richtige Ort für Debatten über und für eine Kontrolle der Wirtschafts- und Währungspolitik.

These 7: Eine grüne Außenwirtschaftspolitik sollte sich auf transformative Bereiche wie die globale Energiewende fokussieren

Deutschland hat international einen guten Ruf als ökonomisch und technologisch starker Pionier für Nachhaltigkeit. Wir sollten die Unternehmen, die sich schon auf den Weg gemacht haben strategisch unterstützen, um damit die globale Energiewende zu befördern. Grüne Energieaußenpolitik setzt darum nicht in erster Linie auf die Sicherung der Energieversorgung Deutschlands, sie reduziert sie nicht auf den Zugang zu Erdgas, Öl und Uran und vermeidet damit einen Wettlauf um Ressourcen. Grüne Energieaußenpolitik vereint vielmehr Klima- und Gerechtigkeitspolitik mit wirtschaftlichen Interessen, sie setzt auf einen nachhaltigen aber bezahlbaren Zugang zu Energie weltweit. Die Senkung der weltweiten Kosten z.B. für Photovoltaiktechnologie durch unser EEG war goldrichtig und muss weitergedacht werden.

Grüne Wirtschaftspolitik ist der etablierten Wirtschaft einen Schritt voraus, indem sie die Herausforderungen für die sozial-ökologische Transformation adressiert. Eine grüne Energieaußenpolitik sollte darum vor allem zwei Entwicklungen in den Blick nehmen. Zum einen werden in 20 Jahren die größten globalen Mittelschichten in den aufstrebenden Volkswirtschaften Asiens leben. Zum anderen nimmt die Urbanisierung rasant zu: während heute 50 Prozent der Menschen in Städten leben, werden es in 2050 bereits 80 Prozent sein. Die mit diesen Entwicklungen einhergehenden deutlichen Erhöhungen des Treibhausgasausstoßes und des Ressourcenverbrauchs bedrohen nicht nur die Maßnahmen gegen den Klimakollaps, sie sind auch eine Chance für innovative deutsche AkteurlInnen.

Über gezielte Partnerschaften sollten Deutschland und auch die EU Maßnahmen entwickeln um die sozial-ökologische Transformation voran zu treiben. Bereiche dafür sind Energie- und Mobilitätssysteme, grüne urbane Infrastrukturen, ressourceneffiziente Innovationen, aber auch die Entwicklung von Standards im Bereich der Gebäudeenergieeffizienz oder der Elektromobilität. Der WBGU spricht in diesem Zusammenhang von Transformationsallianzen für den Umbau. Der Markt ist dazu alleine nicht in der Lage, grüne Politik muss hier etwa durch die Neuausrichtung der Exportkreditgarantien (Hermes-Bürgschaften), Investitionsgarantien sowie der Garantien für ungebundene Kredite die richtigen Impulse setzen. Die strategische Stärkung einer grünen Energieaußenpolitik schafft so neue Märkte und neue Arbeitsplätze, sie löst ein Kohärenzproblem und sie macht vor allem Deutschland zum Vorreiter für Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit. Dafür fordern wir Investitions- und Wachstumsstrategien umfassend mit der neuen globalen Nachhaltigkeitsagenda zu verknüpfen.

These 8: Die Handelspolitik ist der zentrale Hebel zur Bekämpfung der Ungerechtigkeiten des globalen Wirtschaftssystems – wir müssen ihn nutzen

Ein entscheidender Hebel für mehr globale Gerechtigkeit wird in den kommenden Jahren die globale Handelspolitik sein. Die intensiv geführte Debatte über TTIP zeigt die gesellschaftspolitische Relevanz von Handel. Handel zwischen verschiedenen Ländern und Kontinenten hat viel zum Wohlstand Europas beigetragen. Gleichzeitig ist klar, dass Handel nicht bedingungslos gut ist. Es kommt darauf an, dass wir die richtigen Regeln setzen – und es ist klar, dass das mit TTIP, CETA und TISA wie sie angelegt sind, nicht möglich ist. Dabei gilt für uns der Grundsatz: Wir wollen Fair Trade statt Freien Handel.

Die Mobilisierung durch TTIP sollten wir Grüne weiter nutzen, um uns für eine Neuaufstellung der internationalen Handelsregeln einzusetzen, damit Handel zu einer globalen Partnerschaft beiträgt, statt Ungerechtigkeiten zu verschärfen. Die Abschaffung des Systems von Investor-zu-Staats-Klagen (ISDS) ist hierfür ein wichtiger Schritt. Es ist für uns inakzeptabel, dass Staaten, vor allem viele Entwicklungsländer von Unternehmen für genuin politische Entscheidungen verklagt werden können. 62 Prozent der ISDS-Klagen werden gegen Entwicklungsländer geführt. Auch der Anstieg von Klagen gegenüber europäischen Krisenstaaten wie Griechenland oder Spanien belegen die Ungerechtigkeiten und den Verlust der Legitimität des ISDS-Systems. Ebenso ist für uns klar: Die Rechte der Bürgerinnen und Bürger, der Schutz und Ausbau von VerbraucherInnenschutz, Sozial-, Umwelt-, Lebensmittel- und Gesundheitsstandards ist für uns nicht verhandelbar. Und das gilt nicht nur für die aktuellen Verhandlungen. Auch mögliche künftige Einschränkungen durch Mechanismen der so genannten „regulatorischen Kooperation“ sind für uns völlig inakzeptabel. Gerade weil wir durch diese „Kooperation“ ein neues Einfallstor für LobbyistInnen diesseits und jenseits des Atlantiks schaffen würden. Und wenn Konzerne und LobbyistInnen das Sagen haben, dann bleibt die Demokratie auf der Strecke.

Zudem schwächen bilaterale Handelsabkommen zwischen großen Wirtschaftsräumen die Entscheidungsspielräume der so genannten Entwicklungs- und Schwellenländer. Denn sie müssen sich, wollen sie nicht gänzlich abgekoppelt werden, dann nach Standards richten, die ohne sie ausgehandelt wurden. Bilateralisierung als Reaktion auf das Scheitern der Doha-Runde ist deshalb zynisch. Die Entwicklungsländer haben es bei der Welthandelsrunde in Bali im Herbst 2013 zu recht nicht zugelassen, dass die globale Handelsarchitektur zu ihren Ungunsten ausgestaltet wird. Es ist völlig inakzeptabel, dass Entwicklungsländern verboten werden sollte, Nahrungsmittel durch staatliche Subvention für die ärmere Bevölkerung erschwinglich zu halten, während die enormen Subventionen in Europa und den USA für Landwirtschaft und Baumwollproduktion erst gar nicht Thema waren.

Ein faires Welthandelssystem kann es nur multilateral geben, mit starken multilateralen Institutionen. Abkommen wie CETA und TTIP sind darum ein Stolperstein und kein Trittbrett für einen fairen Handel. Ungerechtigkeiten werden damit nicht verringert, sondern bergen die Gefahr sie noch zu vergrößern. Grüne sollten deshalb gemeinsam mit der Zivilgesellschaft für ein Ende von TTIP, CETA und Co streiten.

Eine grüne Handelspolitik formuliert darum eine Positiv-Agenda zur Stärkung und Wiederbelebung des internationalen Prozesses. Bali hat auch gezeigt, dass mit der WTO wieder zu rechnen ist. Allerdings ist es nicht tragbar, dass etwa im Streitschlichtungsmechanismus der WTO menschenrechtliche, ökologische und soziale Belange als „nicht handelsbezogen Anliegen“ nur am Rande diskutiert werde. Die WTO sollte darüber hinaus stärker mit den Vereinten Nationen und deren Standards verbunden werden. Neben den bestehenden Konventionen zu Menschenrechten, Arbeitsstandards und Umwelt sollte dies vor allem eine enge Verzahnung mit der globalen Nachhaltigkeitsagenda beinhalten, die die Vereinten Nationen in diesem Jahr verabschieden. Voraussetzungen für jedes Handelsabkommen sollten immer Folgeabschätzungen und sogenannte Sunsetklauseln sein, nach denen ein Abkommen nach einem bestimmten Zeitraum ausläuft, sofern es nicht beiderseitig erneuert wird.

These 9: Wirtschaft kann nur dann wirklich grün sein, wenn die Politik sie unabhängig vom Wachstum macht

BIP-Wachstum ist zu einem Selbstzweck geworden, der den Blick auf das Wesentliche verstellt. Beim alleinigen Blick auf das Wachstum geht es nicht mehr darum, was den Menschen gut tut, es geht nur darum, eine statistische Messgröße zu erhöhen. Diese Verengung lehnen wir ab. Er steht der Erreichung grüner Ziele für die Wirtschaft im Weg. Wir wollen nicht länger hinnehmen, mit unserer Art zu wirtschaften mehrere Planeten zu brauchen und unseren zu zerstören. Wir müssen lernen, Wohlstand für alle ohne dauernden Kampf um BIP-Wachstum möglich zu machen. Dies ist auch darum notwendig, weil die Wachstumsraten in den entwickelten Industrienationen stetig zurückgehen. Die Auseinandersetzung mit der Frage, wie wir Wohlstand für alle ohne Wachstum erreichen, ist also auch unabhängig von ökologischen Erwägungen zwingend.

Auf die Wachstumsfixierung darf aber auch keine Schrumpfungsfixierung folgen – erst recht nicht, wo bislang weiterhin unklar ist, wie die sozialen Kosten einer solchen Politik aufzufangen sind. Klar ist auch, dass den am wenigsten entwickelten Ländern etwa in Afrika das Recht auf Entwicklung nicht versagt werden kann, allein um soziale Ungleichheit und Armut zu bekämpfen. Doch viel zu oft bedeutet unser Wachstum im Globalen Norden heute noch eine Verstärkung der globalen Ungerechtigkeit. Entscheidend ist daher vielmehr unsere Befreiung von der Abhängigkeit zum Wachstum, wie wir sie heute in den Industriestaaten und den Konzernen haben.

Nur auf technische Innovation zu setzen greift aber eindeutig zu kurz. Wir müssen gleichzeitig Wege aufzeigen, wie wir eine Gesellschaft ohne das Primat eines exponentiellen, Ressourcen verbrauchenden Wachstums organisieren. Es ist noch nie gelungen, Wachstum und Ressourcenverbrauch absolut zu entkoppeln. So sind Absenkungen der CO₂-Emissionen bisher noch viel zu oft mit Krisen- und Umbruchssituationen zu erklären. Zwar werden wir immer effizienter und das Potential ist weiterhin riesig. Doch der Rebound-Effekt lässt die Innovationen zum Bumerang werden. Im Haushalt sind strombetriebene Geräte seit Mitte der achtziger Jahre um rund 37 Prozent energieeffizienter geworden. Weil sie auch größer wurden und die Menschen sich mehr Apparate anschafften, stieg der Stromverbrauch trotzdem insgesamt um 22 Prozent. Absolute Entkopplung bleibt ein Traum. Wir wollen eine vollständige Ökonomisierung der Natur ebenso verhindern, wie die vollständige Unterwerfung aller Gesellschaftsbereiche unter die Marktlogik und die Finanzialisierung aller Märkte

In vielen Teilen der Gesellschaft ist die Debatte über eine kritische Auseinandersetzung mit der Wachstumsfixierung bereits angekommen. Überall im Land experimentieren Menschen mit Formen solidarischen und nicht auf Wachstum ausgerichteten Formen des Wirtschaftens oder protestieren gegen die soziale Ungleichheit und Bankenmacht. Diese heterogene „Bewegung“ reicht von AussteigerInnen, die in Nischen völlig neue Lebens- und Arbeitsformen verwirklichen wollen, über alternative WissenschaftlerInnen oder Postwachstums-NGO's bis hin zu massentauglich gewordenen Modellen der Share-Economy wie dem Carsharing. Die Grünen sollten die politische Kraft sein, die schon allein aus ihrer Geschichte heraus, der parlamentarische Arm dieser gesellschaftlichen Bewegung wird und deren Debatten in politische Forderungen und Aktionen übersetzt.

Die Partei sollte viel stärker in den Dialog mit all jenen treten, die daran schon seit Langem arbeiten. Denn wie schon beim Atomausstieg, der letztlich in Gesetzesform gegossen und vom EEG flankiert

werden musste, braucht es beides: den Druck aus der Zivilgesellschaft und handfeste politische Positionen. Bisher gibt es letzteres praktisch nicht und auch ersteres ist schwach ausgeprägt, weil viele Akteure in diesem Bereich sich kaum als politisch verstehen, sondern eher individuell oder in ihren Peergroups agieren

Wohlstand für alle erreichen wir nur, wenn wir uns offensiv den Gerechtigkeitsfragen in unserer Gesellschaft und global widmen. Wenn Verteilungskonflikte nicht mehr über Wachstum gelöst werden, dann werden wir noch stärker als heute darauf achten müssen, dass unsere Gesellschaft nicht auseinanderfällt.